

Der Mittelstand

BRANDBRIEF AN DIE DEUTSCHE POLITIK

*Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel,
sehr geehrter Herr Vizekanzler Olaf Scholz,
sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestags!*

Die Corona-Pandemie stellt unser Land, stellt Europa und die ganze Welt vor dramatische Herausforderungen. Die Bundesregierung hat als Antwort darauf ein beispielloses Maßnahmen-Paket beschlossen, um die Überlebensfähigkeit möglichst aller Unternehmen und Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern.

Das verdient schon deshalb Respekt, weil daraus die Anerkennung für die Bedeutung der Wirtschaft spricht, an der es in der Vergangenheit oft gefehlt hat. Aus Sicht des Mittelstands sind jedoch Zweifel an der Zielgenauigkeit und damit an der Wirksamkeit der Milliardenprogramme angebracht. Gerade im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen sowie unter Selbstständigen droht ein Kahlschlag, der unser mittelständisch geprägtes Land dauerhaft verändern würde.

Dazu darf es nicht kommen!

Aus diesem Grund halten wir gravierende Nachbesserungen an den Nothilfeprogrammen ebenso für zwingend geboten wie strukturelle Maßnahmen zur grundlegenden Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Es ist nicht hinnehmbar, dass von den Soforthilfen viele mittelständische Unternehmen durch die willkürlich gesetzte Grenze von zehn Beschäftigten ausgeschlossen bleiben und Kreditprogramme weiter nur unter hohen Hürden wie Zinsen in Anspruch genommen werden können. Wir appellieren daher an Sie, angesichts des erhöhten Existenzrisikos mehr Unternehmen den Zugang zu Soforthilfen zu erleichtern.

Dringend behoben werden müssen zudem die erheblichen Probleme bei den Notkrediten, von denen uns verzweifelte Mitglieder berichten. Diese Kredite werden den Unternehmen bislang von den Banken in einem Ausmaß verweigert, das den Sinn des Programms in Frage stellt. Die beschlossene 100-Prozentige Haftungsübernahme durch den Bund ist daher nur folgerichtig. Zu einer Mogelpackung wird sie jedoch, wenn Unternehmen diese richtige Weichenstellung durch zusätzliche Belastungen erkaufen müs-

sen. Um Betriebe und Arbeitsplätze zu retten, fordern wir Sie auf, auf Zinsen zu verzichten.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer benötigen zudem neue Liquidität, insbesondere in der Phase nach dem Auslaufen der Restriktionen. Die Liquidität der Unternehmen muss dafür nachhaltig gestärkt werden.

Konkret schlagen wir folgende Maßnahmen vor, die den Mittelstand und die Wirtschaft insgesamt zielgenau, rasch und nachhaltig entlasten würden:

- 1. Stromsteuer und EEG-Umlage werden vorübergehend ausgesetzt.**
- 2. Der Solidaritätszuschlag wird sofort und für alle rückwirkend zum 1. Januar 2020 abgeschafft.**
- 3. Die Anfang März geleisteten Steuervorauszahlungen für die kommenden drei Monate werden den Unternehmen rückerstattet.**
- 4. Unternehmen, die ihren Mitarbeitern beim Kurzarbeitergeld freiwillig 100 Prozent ihres Gehaltes auszahlen, erlassen die Sozialversicherungsträger bis auf Weiteres 100 Prozent der Beiträge.**
- 5. Die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge wird zurückgenommen.**
- 6. Außenzölle werden temporär ausgesetzt.**
- 7. Die Lkw-Maut bei Leerfahrten wird zeitlich befristet ausgesetzt.**

Bei der Bekämpfung der Folgen der Corona-Krise spielt der Faktor Zeit eine entscheidende Rolle. Arbeitet unsere Volkswirtschaft auch nur eine Woche mit halber Kraft, kostet uns das nach Berechnungen des ifo Instituts bis zu 40 Milliarden Euro. Bei drei Monaten Stillstand schrumpft die Wirtschaftsleistung um bis zu 20 Prozent oder fast 730 Milliarden Euro. Dazu kämen bis zu 1,8 Millionen Arbeitslose zusätzlich und sechs Millionen Menschen in Kurzarbeit.

Wir fordern die Bundesregierung auf, schon heute eine Exit-Strategie für die Zeit nach der Krise zu

braucht Ihre Hilfe - jetzt!

entwickeln. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung muss es gelingen, die Wirtschaft so schnell wie möglich nach Ostern schrittweise wieder hochzufahren. Hierin wissen wir uns mit führenden Ökonomen einig. Es drohen sonst massive Wohlstandsverluste und ein volkswirtschaftlicher Schaden, die über Jahre nicht zu kompensieren sein würden.

Ebenso beispiellos wie die Rettungsmaßnahmen des Staates sind die Eingriffe in die Versammlungsfreiheit, die Bewegungsfreiheit, die Gewerbefreiheit, die Religionsfreiheit, die Freiheit der Lehre sowie das Recht auf Bildung und – last but not least – Eigentumsrechte. Selbst das Recht auf Leben scheint nicht mehr unantastbar zu sein. Dieser Ausnahmezustand darf keinen Tag länger als unbedingt notwendig andauern.

Die Corona-Krise bedroht die gesellschaftliche Stabilität unseres Landes. Wenn es nicht gelingt, in kürzester Zeit alle Ärzte und Pflegekräfte mit der nötigen Schutzbekleidung auszustatten und den Krankenhäusern Beatmungsgeräte in genügender Anzahl zur Verfügung zu stellen, wird auch bei uns ein Schreckensszenario Wirklichkeit, das andere Länder wie Italien oder Frankreich bereits erleben: Dort müssen Ärzte – in einem kaum erträglichen Gewissenskonflikt - entscheiden, wer an eines der knappen Beatmungsgeräte angeschlossen wird und wer nicht. Diese Patientenselektion bedeutet für viele ältere Erkrankte das Todesurteil. Zu diesem



Der BVMW vertritt im Rahmen seiner Mittelstandsallianz bundesweit mehr als 900.000 Mitglieder.

Der Mittelstand. BVMW. Weitreichende Netzwerke. Wirkungsvolle Impulse. Wertvolle Informationen.

Weitergehende Informationen und Handlungsempfehlungen zur Corona-Krise und den Folgen finden Sie auf unserer Homepage www.bvmw.de

Bruch mit dem Grundgesetz darf es in Deutschland nicht kommen. Hier steht die Politik in existentieller ethischer Verantwortung. Beschaffungskosten dürfen keine Rolle spielen, die Rettung von Leben rechtfertigt jeden Preis.


Darüber hinaus erwarten wir als Mittelstand, dass als Konsequenz aus der Corona-Pandemie die Risikovorsorge deutlich verbessert wird. Wie Sie wissen, ist schon 2012 in einer Risikoanalyse das Szenario einer von Asien ausgehenden Pandemie sehr detailliert entwickelt worden. Leider sind die Katastrophenschutzplanungen den dabei aufgezeigten Defiziten nicht entsprechend angepasst worden.

Sehr geehrte Frau Merkel, wenn Sie am Dienstag nach Ostern erneut mit den Ministerpräsidenten über

das weitere Vorgehen beraten, dann erwarten der Mittelstand und die Wirtschaft insgesamt eine Strategie, unter welchen Voraussetzungen, auf welche Weise und wann das Land wieder hochgefahren werden soll. Denn es besteht die akute Gefahr, dass die Nebenwirkungen der Medizin mehr Schaden anrichten als die Krankheit. Allein die Vorlage einer Exit-Strategie ist geeignet, der Wirtschaft und den Beschäftigten wieder Zuversicht zu vermitteln.

Vor der deutschen Politik liegen schicksalhafte Wochen. Der BVMW und seine Partnerverbände stehen Regierung und Bundestag als verlässlicher Partner zur Seite. Die Sorge um eine gute Zukunft für Deutschland und Europa eint uns.

Mit hochachtungsvollen Grüßen


Dr. Jochen Leonhardt
BVMW-Vizepräsident


Mario Ohoven
BVMW-Präsident


Dr. Hans Michael Pott
BVMW-Vizepräsident